

Die Idee „Mitteldeutschland“

Der folgende Beitrag (*) skizziert Struktur und Geschichte der „*mitteldeutsche*“ Ideen- und Begriffswelt unter zehn Aspekten und schlägt abschließend mit einem kurzen Fazit den Bogen zur Gegenwart. Zunächst wäre – erstens – zu fragen: „Was ist das eigentlich: *Mitteldeutschland*?“ Ein geographischer Begriff? Ein Gestaltungsziel? Was ist, um einige Buchtitel ins Spiel zu bringen, mit „*Deutschlands Mitte*“, mit „*deutscher Mitte*“, „*Land der Mitte*“, „*Herz Deutschlands*“ und ähnlichen Bildern gemeint? Werden so nüchtern und präzise bestimmte Strukturen umschrieben? Oder verweist das eher auf Metaphern, auf Sinnkonstrukte, Projektionen und Wünsche, auf eine deutsche Sehnsuchtslandschaft – und damit auf den Seelen-, Gefühls- und Mythenhaushalt der Deutschen? Ist „*Mitteldeutschland*“, wenn man etwa an den altbundesdeutschen Sprachgebrauch denkt, ein politisch belasteter Begriff, den man besser meidet und lieber – wie der Jenaer Oberbürgermeister kürzlich – vom „*Zweistromland Elbe-Saale*“ spricht?

Die Antwort lautet – zweitens: Es lässt sich kein eindeutig definierbarer „*Mitteldeutschland*“-Begriff ausmachen. Vielmehr fallen die Unbestimmtheit, Vielschichtigkeit und Vieldeutigkeit diverser „*Mitteldeutschland*“-Bilder auf, ihr häufiger Wandel, ihre Deutungs- und Projektionsfähigkeit. „*Mitteldeutschland*“ ist eine höchst vage, schillernde und changierende Idee. Die Frage „*Wo liegt Mitteldeutschland?*“ ließe sich weder im geographischen noch im ideellen Sinne einer Chiffre auf der geistigen Landkarte präzise beantworten. Diejenigen, die sich an dieser Begriffswelt abgearbeitet haben, die von einem vermeintlich fest umrissenen „*mitteldeutschen*“ Kultur-, Wirtschafts-, Geschichts- und Identitätsraum ausgingen oder – wie der Geograph Otto Schlüter 1929 – nach einer „*gestaltenden Idee Mitteldeutschland*“ suchten, stellten damit nur ihr Talent unter Beweis, entsprechende Raum- und Geschichtsbilder zu entwerfen, ihre eigenen Wünsche, Interessen und Gestaltungsabsichten auf diese zu projizieren und Geschichte gleichsam als Argument zu verwenden.

Drittens ist – auch wenn das gelegentlich ineinander übergeht – zwischen einem pragmatischen und emphatischen Gebrauch des Attributes „*mitteldeutsch*“ in Vergangenheit und Gegenwart zu unterscheiden. Im pragmatischen Sinne umschreibt es länderübergreifende Kooperations-, Koordinations- und Fördervorhaben, Wirkungs-, Einzugs- oder Sendegebiere – etwa den *Mitteldeutschen Rundfunk AG* (MIRAG) der 1920er Jahre bzw. den heutigen *Mitteldeutschen Rundfunk*, im Wissenschaftsbereich auch entsprechende Forschungen und Publikationen. Dabei wird dieses Attribut oft unreflektiert und geradezu inflationär verwendet und so zum bloßen Etikett für alles Mögliche. Dem steht sein emphatischer Gebrauch zu Image-, Werbungs-, Aufwertungs- und Gestaltungszwecken gegenüber.

Häufig wird dieses Attribut mit Inbrunst, heiligem Ernst und missionarischem Eifer verwendet. „*Mitteldeutschland*“ wird so zur Ideologie, zur „Überzeugungssache“. Man beschwört eine Art mythischer „*Mitte Deutschlands*“ und projiziert sie auf die geographische „*Mitte Deutschlands*“. „*Mitteldeutschland*“ avanciert so zur symbolischen Landschaft und das Raumkonstrukt „*deutsche Mitte*“ zum Wertkonstrukt. Im Verlaufe

dieses mythologisierenden Aufwertungsdiskurses hat sich im 19. und 20. Jahrhundert ein ganzes Arsenal von Strategien, Deutungsmustern, Symbolorten und -figuren herausgebildet. Es reicht, um die Spannweite zumindest anzudeuten, von den sächsisch-ottonischen „Reichsgründern“ über die Metaphern vom „grünen“ und vom „*kulturellen Herzen Deutschlands*“, über „*mitteldeutsche*“ Ikonen der Reformation und Kulturnation (Luther, Bach, Goethe, Schiller), die auf Nietzsche bezogene Chiffre „*Kaisersaschern*“ und mythisch aufgeladene Symbol- und Erinnerungsorte (Weimar, Wittenberg, Dresden, die Wartburg) bis zum Bemühen, die „*deutsche Mitte*“ als industriell, technisch und wissenschaftlich innovativen Raum in der „*Mitte Europas*“ herauszustreichen. Letzteres verweist auf den engen Zusammenhang der „*Mitteleuropa*“- und „*Mitteldeutschland*“-Ideen, der ein eigenes Thema darstellt und hier nicht weiter ausgeführt werden kann. Solch Aufwertungsbestreben war und ist stets mit dem – verkürzt gesagt – Problem negativen, selektiven und verdrängenden Erinnerns konfrontiert. Buchenwald und Mittelbau-Dora lassen sich – und das ist nur die Spitze eines Eisberges – nicht aus der als „mitteldeutsch“ apostrophierten Geschichte streichen.

Im emphatischen Sinne wird das Attribut auch verwendet, wenn man einen einheitlichen „*mitteldeutschen*“ Geschichts-, Kultur- und Wirtschaftsraum mit entsprechend „kollektiver Identität“ behauptet, der – da steigert sich das Raum- und Wertkonstrukt zur Gestaltungsmetapher – auch administrativ vereinigt werden müsse. Dieser Begriffsgebrauch findet sich vor allem im Kontext von Fusionsplänen und Neugliederungsdebatten. So 1929, als Schlüter von der „gestaltenden Idee *Mitteldeutschland*“ sprach, oder wenn der Historiker Karlheinz Blaschke 1997 erklärte, es sei Sachsens „geschichtlicher Auftrag“, „*Mitteldeutschland* zu einen“, wobei er auf den wettinischen Kurstaat bis zur Leipziger Teilung (1485) als Vorbild verwies.

Viertens: „*Mitteldeutschland*“ ist kein historisch gewachsener Herrschafts- oder Landschaftsname wie etwa Bayern, Franken, Schlesien, Hessen, Thüringen oder – freilich räumlich wandernd – Sachsen. Der Begriff ist ein Kunstprodukt der Moderne, eine Erfindung des 19. und 20. Jahrhunderts, seine Begriffsgeschichte also eine typische Konstruktgeschichte. Sie erfolgte keineswegs geradlinig. Es gab Konjunktur- und Verfallsphasen. Ihre eigentliche Hochkonjunktur erfuhren die „*Mitteldeutschland*“-Ideen und -Initiativen im Kontext der Weimarer „Reichsreform“-Pläne der 1920er und 30er Jahre. An greifbaren Resultaten gemessen, ist das Ganze eine Misserfolgsgeschichte, ein Beispiel von gescheitertem „regionmaking“. Ich möchte das im Folgenden – stark verkürzt – an den wichtigsten Etappen skizzieren.

Die Entwicklung bis in die 1920er und 30er Jahre kann man – fünftens – wie folgt zusammenfassen: Vor 1800 bezeichnete das Attribut „*mitteldeutsch*“ nur den Sprachraum zwischen dem Ober- und dem Niederdeutschen, nach 1800 auch den geographischen Raum zwischen dem Hochland der Alpen und dem Tiefland der Küstengebiete – gleichsam vom Bodensee bis nach Schlesien. Aus der Sprach- und Physiogeographie fand das Attribut im Laufe des 19. Jahrhunderts mit wechselnden Bezügen in die Wirtschafts- und Kulturgeographie und in den Sprachgebrauch wirtschaftlicher Integrationsprozesse Eingang. Dabei verbanden sich die Folgen der Territorialrevolution nach 1800 mit wirtschaftsräumlicher Integration in Form von

Industrieregionen, Handels- und Verkehrsbünden sowie mit romantisch-vaterländischem Geschichtsdenken und entsprechender „Erfindung von Traditionen“. Davon profitieren vor allem die damaligen politischen Strukturen. Der *Mitteldeutsche Handelsverein* – ein Zollbund im Vorfeld des Deutschen Zollvereins – von 1828 umfasste die Königreiche Sachsen und Hannover, Kurhessen, Nassau, Braunschweig, Bremen und die Thüringer Kleinstaaten, blieb aber Episode. Hingegen zeichneten sich mit der neuen preußischen Provinz Sachsen (1816), dem Rest-Königreich Sachsen, dem Herzogtum Anhalt (1863) und den eng vernetzten Thüringer Kleinstaaten die Integrationskerne der heute als „mitteldeutsch“ apostrophierten drei Länder ab, die damals kaum mit diesem Attribut in Verbindung standen.

Sechstens: Erst im weiteren Sprachgebrauch vor allem des 20. Jahrhunderts engte sich der geographische Bezug des Attributes „mitteldeutsch“ auf die Mittelgebirgsräume nördlich des Mains, auf Kurhessen, Braunschweig und das Gebiet der heutigen Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ein. Dabei tendierten die „Mitteldeutschland“-Ideen zu wirtschafts-, kultur- und geschichtsräumlich argumentierenden Gestaltungsmetaphern. „*Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit*“ – so lautete der Titel einer voluminösen provinzsächsischen Denkschrift von 1927, die im Kontext damaliger „Reichsreform“-Debatten vielfältige, konkurrierende und kontroverse „Mitteldeutschland“-Pläne, Großraum-, Neugliederungs- und Gestaltungsinitiativen auslöste, auf deren Details hier nicht weiter eingegangen werden kann. Sie reichten von föderativ-staatenbündischen bis zu unitarischen Varianten, von „großmitteldeutschen“ Plänen unter Einschluss Sachsens bis zu „kleinmitteldeutschen“ Planungen, die den Freistaat Sachsen ausschlossen.

Beide Planungs- und Diskursebenen – die des Reiches und die der Regionen – waren durch Planungs- und Argumentationswut wie durch scharfe Kontraste und Gegensätze gekennzeichnet. Alles schien möglich, alles stand gegeneinander – alles scheiterte. Leitgedanken dieser – wie späterer – Reform- und Neugliederungsdebatten waren – heute immer noch oder wieder geläufige – Begriffe und Attribute wie „leistungsfähig“, „(wirtschaftlich) zweckmäßig“, „rationell“. Darin drückte sich auch die damalige „Rationalisierungs“-Euphorie aus. Man dachte und plante in solch technokratischen Kategorien, projektierte City- und Wirtschaftsregionen gleichsam mit „Zirkel und Lineal“, operierte vor allem mit ökonomischen und wirtschaftsräumlichen und erst in zweiter Linie mit kulturellen, geschichtlichen, völkischen und identitätspolitischen Argumenten. Zu den Hauptakteuren zählten neben Verwaltungs-, Kommunal- und Wissenschaftseliten die Wirtschafts- und Landesplaner und die Wirtschaftsverbände – im „mitteldeutschen“ Falle der 1921 gebildete „*Wirtschaftsverband Mitteldeutschland*“. Die von ihm und der Merseburger Provinzialverwaltung herausgegebene Denkschrift „*Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit*“ liest sich heute noch wie ein Handbuch „mitteldeutscher“ Kooperations- und Fusionsargumente.

In solcher Perspektive erschien „Mitteldeutschland“ als ein – höchst widersprüchliches – Neugliederungs- und Gestaltungsprogramm mit zeitweiser Diskursrelevanz unter interessierten Planungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Deutungseliten, aber nur geringer Breitenwirkung. Die Bevölkerung interessierte sich kaum für solche Planspiele. Sie hatte andere – existentielle – Sorgen. Die Akteure waren zerstritten. Die Politiker der

betroffenen Länder verhielten sich reserviert. Ein Großraum „*Mitteldeutschland*“ war nicht erreichbar. Nahe liegender schien es deshalb zu sein, das Land Anhalt der Provinz Sachsen anzuschließen – das heutige Sachsen-Anhalt – und den Regierungsbezirk Erfurt dem Land Thüringen („*Groß-Thüringen*“, *Landesarbeitsamtsbezirk Mitteldeutschland* von 1928).

Trotz ihres Scheiterns sind die „*Reichsreform*“- und „*Mitteldeutschland*“-Debatten der Weimarer Zeit ein aufschlussreiches Lehrstück. Sie enthielten alle Ingredienzien und Argumente, die uns auch aus heutigen Raum-, Neugliederungs- und Föderalismus-Debatten geläufig sind: suggestive Raum-, Geschichts- und Identitätsbilder; Konzentration, Kosten- und Verwaltungsabbau bis zum Argument, das Reich-Länder-Verhältnis müsse neu justiert und das Reichsgebiet zeit- und wirtschaftsgemäß neu gegliedert werden; man brauche gleich- und zweckmäßige, leistungs- und zukunftsfähige Territorialstrukturen, um – da unterschieden sich die Standpunkte – die föderale Ordnung zu stärken oder sie – durch einen „dezentralisierten Einheitsstaat“ – zu überwinden. Diese vorwiegend unitarisch ausgerichteten Pläne und Debatten wirkten kaum stabilisierend auf die parlamentarisch-bundesstaatliche Weimarer Demokratie. Sie wurden zum Aktionsfeld der politischen Rechten und ihrer systemverändernden Pläne für einen „starken Staat“ und – im „*mitteldeutschen*“ Falle – für eine „*starke Mitte*“ durch Kräftekonzentration, Homogenisierung und Nivellierung der Unterschiede.

Siebtens: Das NS-Regime löste die Probleme dann auf seine Weise. Unter dem Beifall führender deutscher Staatsrechtler räumte es mit dem „Spuk“ (Otto Koellreutter 1934) parlamentarisch-föderaler Demokratie und der Länderstaatlichkeit auf, um den Weg zu „einheitlicher Reichsführung“ im „völkischen Führerstaat“ freizumachen. Viele sahen nun die Stunde der von ihnen angestrebten „Reichsreform“ gekommen. Sie irrten sich. Das Regime unterband eine solche Reform. Es war auf einen raschen Angriffskrieg zur „Neuordnung Europas“ ausgerichtet. Konfliktbehaftete „Reichsreform“-Pläne zur inneren Neuordnung störten da nur. Stattdessen wurde das „Altreich“ auf Basis der – zunehmend mit staatlichen Funktionen ausgestatteten – NS-Gaue de facto neu gegliedert, ohne die dem Reich und seinen Gauen „gleichgeschalteten“ Länder und Provinzen völlig aufzulösen. Nur gelegentlich wurden sie durch förmliche Neugliederungsakte den quasistaatlichen Gauen bzw. Reichsverteidigungs-Bezirken angepasst (Mecklenburg 1934; Groß-Hamburg-Gesetz 1937; Aufgliederung der Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau 1944).

Das Attribut „*mitteldeutsch*“ blieb zwar im Sprachgebrauch, prägte sich nun aber vor allem in seiner völkisch-rassistischen Konnotation aus. Im Kontext des Mittelland-Kanals (vom Rhein zur Oder) sprach man sogar vom „*Neuen Mitteldeutschland*“ (1939), doch spielte das eine eher untergeordnete Rolle. Die entsprechenden Gaue wiesen nur geringe spezifische Gemeinsamkeiten und Bezüge auf. Sie bezeichneten sich auch – so im 1938 erschienenen „Buch der deutschen Gaue“ - unterschiedlich als „Herzstücke des Reiches“ (Gaue Magdeburg-Anhalt, Kurhessen, Thüringen), „Laboratorium der Welt“ (Halle-Merseburg) oder „Deutschlands Werkstatt und Grenzland“ (Sachsen). In erster Linie wurde der „*Mitteldeutschland*“-Gedanke Bestandteil rüstungspolitischen und geostrategischen Denkens und in diesem Sinne mit Begriffen wie „Innerdeutschland“ und „mitteldeutscher Osten“ verbunden. Jener umschrieb die grenzfernen „Innerreich“-

Gaue von der Ostseeküste bis nach Bayern, die als relativ „luftangriffssicher“ galten und deshalb Hauptausbauzonen der Rüstungsindustrie, der Kriegswirtschaft und wirtschaftlicher Zwangsarbeit wurden. Dieser betonte den Zusammenhang von „Mitteldeutschland und Ostkolonisation“ in historischer wie aktueller Perspektive und verstand des „Reiches Mitte“ als Basis für den „Volkstumskampf im Osten“ (Themenheft „Mitteldeutschland“ der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ 1940). Im Rahmen „politischer Raumordnung“ richteten sich die Planungs- und Gestaltungsenergien seit 1936 auf die kriegsvorbereitenden „Vierjahresplan“-Projekte in den „Innerreich“-Gauen und seit Kriegsbeginn 1939 auf die Okkupationsgebiete. Meist waren die gleichen Planungseliten an der inneren und äußeren „politischen Raumordnung“ beteiligt. Der „*Mitteldeutschland*“-Gedanke wurde so Teil von Revisionsstrategien, strategischen und rüstungspolitischen Denkens in den Kategorien eines „luftangriffssicheren Innenreiches“ sowie eines aggressiven Programms zur Umgestaltung und „Umvolkung“ des eroberten Ostens.

Achtens: Die Beispiele zeigen die Kontextabhängigkeit des „*Mitteldeutschland*“-Gedankens und seinen engen Zusammenhang mit der Geschichte deutscher Länderneugliederung und Neugliederungs-Debatten. Dabei fällt auf, dass formelle Neugliederungsakte großen Stils stets unter Zwang und äußerem Druck erfolgten: 1802/03 bis 1815 dem Napoleons und des Wiener Kongresses, 1866/67 Bismarcks, nach 1945 der Besatzungsmächte. Ansonsten blieben auf solch formell-durchgreifende Maßnahmen gerichtete Neugliederungs-Debatten und -Pläne wirkungs- und ergebnislos. Das gilt für die skizzierten Weimarer „Reichsreform“-Debatten ebenso wie für die Experten-Gutachten zur Neugliederung des Bundesgebietes der 1950er Jahre (Luther-Kommission, ablehnend) und der 1970er Jahre (Ernst-Kommission, befürwortend) sowie für das varianten- und kartenreiche Neugliederungs-Konzept des Bochumer Geographen Werner Rutz (1995). Nur zweimal – bei der Gründung der Länder Thüringen (1920) und Baden-Württemberg (1952) – erfolgten formelle Fusionen freiwillig – aber keineswegs konfliktfrei – aus den jeweiligen Gebieten selbst heraus.

Mit dieser – in die Begriffe „Zwang“ und „Scheitern“ kleidbaren – Negativgeschichte formeller Länderneugliederung kontrastiert die Positivgeschichte informeller neuer Territorialstrukturen. Sie reicht – bezogen auf die Zeit vor 1945 – von den genannten wirtschaftsräumlichen Strukturen des Deutschen Bundes über neue regionale Reich-Substrukturen der Weimarer Zeit – Wahlkreise, Finanz-, Arbeitsamts-, Schlichter- und Tarifbezirke – und die damals neu entstehenden regionalen Wirtschafts-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze – darunter der MIRAG 1924 – bis zu den Gaustrukturen der NS-Zeit.

Neuntens: Nur bedingt lässt sich der „*Mitteldeutschland*“-Begriff mit der Staatsgeschichte der heutigen Länder Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt in Verbindung bringen. Nur die Staatsgeschichte Sachsens – mit Abstrichen auch Anhalts – reicht in die dynastische Zeit vor 1918 zurück. Die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt sind erst 1920/45 bzw. 1945 in anderen Kontexten entstanden. Die provinzsächsischen „*Mitteldeutschland*“-Pläne der Weimarer Zeit stellten die eigenstaatliche Existenz der Länder Thüringen und Anhalt in Frage und deshalb eine Bedrohung für sie dar. Der Freistaat Sachsen blieb von ihnen ausgeschlossen und

agierte mit Gegenplänen. Bei der Länderneugliederung nach 1945 spielte der „*Mitteldeutschland*“-Gedanke eine untergeordnete Rolle. Kurzzeitig erwog das Berliner SED-Zentralsekretariat zwar, die neue Provinz Sachsen-Anhalt „*Land Mitteldeutschland*“ zu nennen (28.10.1946). Doch wurde der „*Mitteldeutschland*“-Begriff bald vom Ost-West-Gegensatz und der Rhetorik des „Kalten Krieges“ überschattet. Er erhielt so einen ganz anderen Inhalt. Er umschrieb nun aus der Westperspektive die gesamte SBZ bzw. DDR mit Blick auf die „verlorenen“ – und „wiederzugewinnenden“ – deutschen Ostgebiete. In der SBZ/DDR war er deshalb verpönt, obwohl noch gelegentlich – etwa im Falle des „*Mitteldeutschen Verlages*“ Halle – im Gebrauch. Auf die drei Länder ließ er sich hier schon deshalb nicht mehr beziehen, weil die DDR-Länder mit der Verwaltungsreform 1952 durch Bezirke ersetzt wurden. Das änderte sich erst mit der Wiedereinführung der Länder und dem Ende der DDR 1990.

Und schließlich zehntens: Das alles war und ist keine „*mitteldeutsche*“ Spezialität. Ähnliche Beispiele geistigen „regionmakings“ mit passgerechten Raum-, Geschichts-, Identitäts- und Wertkonstrukten kennen wir nach entsprechenden Vorläufern des 19. Jahrhunderts aus dem „Reichsreform“-Kontext der 1920er und 30er Jahre etwa im Falle der „Niedersachsen“- , „Westfalen“- , „Rheinland“- , „Großhessen“- oder „Großschwaben“ (Südweststaat)-Pläne. Nach 1945 wurden sie bei der territorialen Umgestaltung der westlichen Besatzungszonen und frühen Bundesrepublik gestaltungsrelevant. Im „*mitteldeutschen*“ Fall traf das nur für die „*Großthüringen*“- und „*Sachsen-Anhalt*“-Konzepte zu. Der „*Mitteldeutschland*“-Gedanke selber hingegen mutierte im dargelegten Sinne auf bundesdeutscher Seite zum politischen Begriff, zum Feindbild und zur Erinnerungsmetapher an den „verlorenen deutschen Osten“. Zumal die einstige „*deutsche Mitte*“ nun zur Rand- und Grenzzone des Ostblocks geworden war. Im Zuge deutsch-deutscher Dialog- und Entspannungspolitik und entsprechender geistiger Abrüstung passten Gremien wie der *Mitteldeutsche Kulturrat* dann in den 1970er und 80er Jahren ihre Konzepte diesen neuen Tendenzen an.

Nach dem Ende der DDR 1990 kam es zur Renaissance diverser Bilder von der – geographisch freilich nur noch im Nord-Süd-Bezug so definierbaren – „*deutschen Mitte*“. Der Geograph Klaus Rother sprach deshalb 1997 von der „*östlichen Mitte* Deutschlands“. Der *Mitteldeutsche Kulturrat* etwa hat sich mit dem altbundesdeutschen, auf die gesamte DDR bezogenen „*Mitteldeutschland*“-Begriff zum kulturellen Anwalt der sogenannten *neuen Bundesländer* und ihrer Aufwertung mit dem „*Mitte*“-Begriff gemacht (etwa nach dem 2004 formulierten Motto: Wir wollen hier „Mittis, nicht Osis“ sein). Im Rückgriff auf den älteren Sprachgebrauch aus der Zeit der „*Reichsreform*“-Pläne der 1920er/30er Jahre werden die 1990 wieder eingeführten Länder Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt oft auch wieder als „*Mitteldeutschland*“ bezeichnet. Das entspricht dem Sendegebiet des „*Mitteldeutschen Rundfunks*“ bzw. seines Vorläufers der 1920er Jahre – der „*Mitteldeutschen Rundfunk AG*“. In diesen drei Ländern findet das unterschiedliche Resonanz und Ausprägung. Sachsen beruft sich mit dem Etikett „mitteldeutsch“ auf die wettinisch-albertinischen Territorien und Kulturtraditionen, auf seine Rolle als industrielle Pionierregion und auf seinen gesellschaftlichen Platz in Deutschland. Es habe lange Zeit die Vorgeschichte der anderen beiden Länder – des „*ernestinischen Thüringens*“ und der 1815/16 an die preußische Provinz Sachsen gefallenen Gebiete - maßgeblich geprägt und sei als Land mit „besonderem

geschichtlichen Tiefgang“ gleichsam der Primus mitteldeutscher Staaten. Thüringen inszeniert sich als mitteldeutsches „Land der Residenzen“ (Landesausstellung 2004) und als „Denkfabrik in Deutschlands und Europas Mitte“, punktet mit Weimar als „geistiger Mitte“ der Nation und behauptet, so die „Mitte der Mitte“ und „Deutschlands starke Mitte“ zu sein. Das mit dem Odium eines „späten Kunstproduktes“ behaftete Sachsen-Anhalt zelebriert das ottonische Magdeburg als mittelalterliches Reichs- und Europazentrum, betont auch seine „preußischen Wurzeln“ und beansprucht die provinzsächsischen „*Mitteldeutschland*“-Pläne der 1920er/30er Jahre für eine sachsen-anhaltische Landesidentität“. In dieser Tradition versteht sich der Ballungsraum Halle-Leipzig-Dessau als wirtschaftlichen Initiativ-„Zentrum Mitteldeutschlands“ mit der „Aktion Mitteldeutschland“ (1992), aus der über verschiedene Zwischenstufen 2006 die „Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland“ (Leipzig) hervorging. Zu greifbaren – über rein koordinierende Aktionen hinausreichenden - Ergebnisse haben sie und ähnliche Initiativen bislang nicht geführt. Im kirchlichen Bereich ist zwar nun eine „Vereinigte Evangelische Kirche in Mitteldeutschland“ zustande gekommen. Allerdings bleiben ihr die Landeskirchen Anhalts und Sachsens fern. In der Fülle pragmatischer und emphatischer „*Mitte*“-Bilder spielt seit 1990 auch der Gedanke wieder eine Rolle, ein Großland „*Mitteldeutschland*“ zu schaffen. Er scheiterte aber schon 1990, als es um den möglichst raschen Beitritt der zu diesem Zweck wiedereingeführten DDR-Länder zur Bundesrepublik ging. Und er ist auch seitdem ebenso häufig auf- und wieder abgetaucht.

Abschließend ein kurzes Fazit mit aktuellem Bezug in drei Punkten. Erstens: Die „*Mitteldeutschland*“-Ideen sind ein Produkt des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie erlangten zeitweise beträchtliche Diskursrelevanz, sind aber als Regionsbildungs-Konzept – bis jetzt jedenfalls – gescheitert. Ob sich das künftig ändern wird und die drei Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen einer „*Zukunft Mitteldeutschland*“ entgegensehen, ist ungewiss. Darüber kann man spekulieren, aber Skepsis ist angebracht. Dabei geht es nicht nur um den Fusionsgedanken, der immer wieder mit den gleichen Argumenten vergeblich in die Debatte gebracht wird. Selbst die Fusion zweier evangelischer Landeskirchen – Thüringens und der Kirchenprovinz Sachsen – ist vorerst gescheitert. Es geht auch um Kooperations-Initiativen mit strukturbildenden Zielen und die Idee einer „Fusion durch Kooperation“. Die meisten dieser Ideen und Initiativen – die universitären, kommunalen wie die landespolitischen – dümpeln vor sich hin. Am aussichtsreichsten scheinen immer noch die wirtschaftlichen Initiativen zu sein.

Zweitens: Grundsätzlich sind weder die Fusions- und Kooperations-Gedanken noch die Idee einer „Fusion durch Kooperation“ abwegig. Vieles spricht dafür. Der Nutzen liegt auf der Hand. Und es ist sicher verführerisch, sich anstelle der drei relativ kleinen Länder ein wirtschaftsstarkes „*Großland Mitteldeutschland*“ vorzustellen, das schon flächenmäßig gleich hinter Bayern und Niedersachsen läge. Doch sollten nicht nur das „Für“, sondern auch das „Wider“ und dabei die historischen Erfahrungen bedacht werden. Man soll solche Rückblicke und die „Lehren aus der Geschichte“ nicht überstrapazieren. Wir leben heute in einer anderen Zeit und Welt. Dennoch wäre es ratsam, sie nicht einfach vom Tisch zu wischen und zu bedenken, dass die Kooperations- und Fusionsgedanken keineswegs neu, vielmehr schon ziemlich in die Jahre gekommen sind. Argumente, die gern als „kühne Visionen“ und

„vorausschauende Politik“ angepriesen werden, sind oft nur „alte Hüte“. Die historischen Erfahrungen mit erzwungener und scheiternder Länderneugliederung sollten nachdenklich stimmen. Der Karlsruher Kollege Klaus-Jürgen Matz hat die Länderneugliederung als eine „deutsche Obsession“ bezeichnet (1997). Seine Argumentation ist nicht von der Hand zu weisen. Andere Bundesstaaten wie die USA oder die Schweiz weisen viel größere Disproportionen auf, ohne dass dies je zu ähnlichen Länderneugliederungs-Debatten geführt hat wie im deutschen Falle. Auf die Problematik solcher Debatten in der ersten – der Weimarer – Demokratie wurde bereits hingewiesen.

Drittens: Es ist nichts gegen Imagepflege, Marketing und das Bemühen einzuwenden, die „deutsche Mitte“ geschichtlich zu preisen und symbolisch aufzuwerten. Doch sollte das mit Maß und Vernunft, in Kenntnis der problematischen Vorgeschichte solchen Bestrebens und jenseits der Versuchung geschehen, der „deutschen Mitte“ so etwas wie eine „kollektive Identität“ zusprechen zu wollen, wie das beispielsweise bei der auf solche Abwege geratenen MDR-Filmserie „Geschichte Mitteldeutschlands“ der Fall ist. Das misshandelt die Geschichte und geht von unhaltbaren Konstrukten „kollektiver Identität“ aus. Es transportiert auch alte Raumkonstrukte, Denk- und Deutungsmuster, die spätestens seit 1900 und vor allem in den 1920er und 30er Jahren stark im völkisch-nationalistischen Sinne politisiert und ideologisiert worden sind. Letztlich hängt das Image einer Region oder Stadt nicht von ihrer Geschichte, sondern vom heutigen Ruf und Zustand ab. Wenn man historisches Wissen ins Spiel bringt, dann nach wissenschaftlichen Regeln und nicht nach Gutdünken. Halb- und Laienwissen führt in der Regel aufs Glatteis.

„Brauchen wir eine (starke) *Mitte*?“ – fragte 1992 der Frankfurter Historiker Lothar Gall und verneinte das ausdrücklich. Kräfteballung, Homogenisierung, Monozentralität, Stärke-Denken – all das fördere Freiheit nicht, sondern gefährde sie. Zitat Gall: „Wir brauchen keine Mitte, sondern Vielfalt, Pluralität, Multizentralität, Spielraum für heterogene Kräfte.“ Man muss dieser Argumentation ja nicht unbedingt folgen. Nachdenklich aber sollte sie schon stimmen – und zwar mit Blick auf die skizzierte Vorgeschichte wie auf aktuelle Debatten um Fusionen, Cluster und die Absicht „Stärken zu stärken“.

(*) Der Text basiert auf einem am 7. März 2007 in der Berliner Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt gehaltenen Vortrag zum „Mitteldeutschen Abend“ der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V. Die Schriftfassung folgt dem Wortvortrag und verzichtet auf Anmerkungen.

LITERATURHINWEISE

Der Text stützt sich vor allem auf den Band

"Mitteldeutschland". Begriff - Geschichte - Konstrukt, hg. von Jürgen John, Rudolstadt / Jena 2001

und die dort abgedruckten Beiträge des Verfassers:

Jürgen John: Gestalt und Wandel der „Mitteldeutschland“-Bilder,
S. 17-68

Jürgen John: Die politisch-administrative Geschichtslandschaft
„Mitteldeutschland“, S. 229-267

Jürgen John: „Unitarischer Bundesstaat“, „Reichsreform“ und
„Reichs-Neugliederung“ in der Weimarer Republik,
S. 297-375

WEITERE LITERATURHINWEISE

(chronologisch und unter Berücksichtigung im Text zitierter Literatur):

Albrecht Penck: Der Großgau im Herzen Deutschlands (Veröffentlichungen der
Handelskammer Leipzig 1), Leipzig 1921

Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit. Denkschrift über die Wirkung der
innerstaatlichen Schranken, im Auftrage des Provinzialausschusses der Provinz
Sachsen hg. vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Merseburg 1927

Hans Thormann / Erich Staab: Der mitteldeutsche Raum. Seine natürlichen,
geschichtlichen und wirtschaftlichen Grenzen, Merseburg 1929

Otto Schlüter: Der Begriff „Mitteldeutschland“, in: Beiträge zur Landeskunde
Mitteldeutschlands. Festschrift dem 23. Deutschen Geographentage in Magdeburg
dargeboten vom Ortsausschuß, hg. von Otto Schlüter / Ernst Blume, Berlin / Hamburg
1929, S. 7-13

Walther Vogel: Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und
Gegenwart, Leipzig / Berlin 1932

Otto Koellreutter: Die Gestaltung der politischen Einheit. Rede gehalten bei der
Reichsgründungsfeier der Universität München am 18. Januar 1934, München / Berlin /
Leipzig 1934

Otto Schlüter: Die sächsisch-thüringischen Lande. Mitteldeutschland, in: Das Buch vom
deutschen Volkstum. Wesen – Lebensraum – Schicksal, hg. von Paul Gauß, Leipzig
1935, S. 232-242

Wolfgang Ebert / Theodor Frings / Käthe Gleißner / Rudolf Kötzschke / Gerhart
Streitberg: Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten, Halle 1936

Das Buch der deutschen Gauen. Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauleistung. Mit
einem Geleitwort von Dr. Otto Dietrich, Bayreuth 1938

Der Mittellandkanal und das „Neue Mitteldeutschland“, in: Die Chemische Industrie / Gemeinschaftsausgabe (1939), 2. Monatsheft, Februar 1939, S. 35-38

Werner Münchheimer: Die Versuche zur Neugestaltung der deutschen Länder von 1919 bis 1945. Eine Übersicht, in: Die Bundesländer. Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik, Frankfurt/M 1950, S. 117-169

Werner Münchheimer: Die Neugliederung Mitteldeutschlands bei der Wiedervereinigung, Göttingen 1954

Deutsche Mitte. 18 Essays über mitteldeutsche Städte und Landschaften, hg. von Heinz-Winfried Sabais, Köln / Wien 1964

Helmut H.F. Wagner: Die territoriale Gliederung Deutschlands in Länder seit der Reichsgründung. Eine politologische Studie zur Raumordnung, in: Studien zur territorialen Gliederung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert (Historische Raumforschung 9), Hannover 1971, S. 1-148

Heinz Günter Steinberg: Pläne zur Neugliederung Mitteldeutschlands in den Jahren der Weimarer Republik, ebenda, S. 149-216

Mitteldeutschland. Versuche begrifflicher Definition unter fachwissenschaftlichen Aspekten (Aus Deutschlands Mitte 3), 2. Aufl., Bonn 1979

Wolfgang Wippermann: Der ‚Deutsche Drang nach Osten‘. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes (Impulse der Forschung 35), Darmstadt 1981

Karlheinz Blaschke: Alte Länder – Neue Länder. Zur territorialen Neugliederung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1990), Nr. 27, S. 39-54

Lothar Gall: Brauchen wir eine Mitte?, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft (1992), S. 307-318

Hermann Heckmann: Der Mitteldeutsche Kulturrat während und nach der deutschen Teilung, in: Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte 1 (1994), S. 21-24

Bibliographie des Mitteldeutschen Kulturrates 1955-1995, Weimar / Köln / Wien 1995

Werner Rutz: Die Gliederung der Bundesrepublik Deutschland in Länder. Ein neues Gesamtkonzept für den Gebietsstand nach 1990, Baden-Baden 1995

Peter Burg: Die Neugliederung deutscher Länder. Grundzüge der Diskussion in Politik und Wissenschaft (1918 bis 1996), Münster 1996

Weniger Länder - mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebietes im Widerstreit der Meinungen 1948/49-1990. Eine Dokumentation, bearb. von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1996

Klaus-Jürgen Matz: Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997

Klaus Rother: Deutschland - Die östliche Mitte, Braunschweig 1997

Karlheinz Blaschke: Sachsens geschichtlicher Auftrag. Zum 100. Jahrestag der Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 68 (1997), S. 277-312

Wolfgang Wippermann: Vom Feindbild zum Traumland. Die Deutschen und der Osten, in: Verwestlichung Europas, hg. von Peter Gerlich / Krzysztof Glass, Wien – Poznan 1999, S. 153-171

Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient 15), hg. von Oliver Janz / Pierangelo Schiera / Hannes Siegrist, Berlin 2000

German Federalism. Past, Present, Future, ed. by Maiken Umbach, Basingstoke 2002

Mitten und Grenzen. Zu zentralen Deutungsmustern der Nation, hg. von Monika Gibas, Leipzig 2003, darin:

Jürgen John: "Deutschlands Mitte". Konturen eines Forschungsprojektes, S. 108-144

Werner Bader: Viele würden lieber „Mittis“ sein. Nachdenken über deutsche Geographie, in: Kultur Report, hg. vom Mitteldeutschen Kulturrat (2004), Heft 37, März 2004, S. 22 f.

"Mythen der Mitte". Regionen als nationale Wertezentren. Konstruktionsprozesse und Sinnstiftungskonzepte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Monika Gibas / Rüdiger Haufe, Weimar 2005

Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, hg. von Jürgen John, Horst Möller und/ Thomas Schaarschmidt, München 2007

Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, hg. von Michael Richter, Thomas Schaarschmidt und Mike Schmeitzner, Dresden 2007

Jürgen John: „Deutsche Mitte“ – „Europas Mitte“. Zur Verschränkung der „Mitteldeutschland“- und „Mitteleuropa“-Diskurse, in: Im Herzen Europas. Nationale Identitäten und Erinnerungskulturen, hg. von Detlef Altenburg, Lothar Ehrlich und Jürgen John, Köln / Weimar / Wien 2008, S. 11-80